

Von Spitzmüller zu Clam-Martinič.

Von unserem Wiener Vertreter.

Wien, 21. Dezember.

Der Ring des Geschehens hat sich rasch geschlossen: auf Koerber folgte Spitzmüller, um auf die Regierungsmethoden Stürggls zurückzugreifen, und jetzt kommt Graf Clam Martinič und nimmt die Arbeit dort wieder auf, wo sie Koerber niederlegen mußte. Man kann auch diesen neuen Umschwung nur aus den Wechselfällen des Ausgleichs mit Ungarn verstehen, die auf die österreichische Politik mit kometenhafter Fatalität einwirkten. So einfach, wie sich das Graf Tisza gewünscht hatte, daß nämlich bis zum Krönungstage die Ausgleichsvereinbarungen nicht nur zwischen den beiden Regierungen abgeschlossen, sondern auch noch in Oesterreich durch den § 14 in Kraft gesetzt und gegen alle späteren parlamentarischen Korrekturen sichergestellt werden sollten, ließ sich die Sache doch nicht machen. Dr. v. Spitzmüller erklärte sich zwar bereit, ein Kabinett lediglich zur Durchführung des Ausgleichs zu bilden, aber selbst zu dieser engumgrenzten Aufgabe brauchte er eine vollständige Ministerliste. Er fand aber auch in der Beamtenenschaft keinen Handelsminister, der die unpopuläre Aufgabe auf sich genommen hätte, einen Ausgleich, über dessen Schattenseiten trotz der Zensur manches in die Öffentlichkeit gedrungen war, mit dem § 14 durchzudrücken, um dann zusammen mit dem Kabinett Spitzmüller, das von vornherein nur als Übergangsministerium gedacht war, in der Versenkung zu verschwinden. Ein solches Avancement seien auch den Ministern unter den Sektionschefs zu kurzlebig und zu kompromittierend für eine weitere Laufbahn. Bezeichnend für die Stimmung in Oesterreich ist die Aeußerung, die ein der Tragweite seiner Worte so bewußter Redner wie Dr. Weisstracher, der Bürgermeister der Haupt- und Residenzstadt Wien, selbst ein früherer Handelsminister und Geheimrat Seiner kaiserlichen und königlichen apostolischen Majestät, im Gemeinderat machte:

„Wenn der Herr Dr. v. Spitzmüller es wagen sollte, einen langfristigen Ausgleich, der die österreichischen Interessen hintanhält, mit Hilfe des § 14 durchzudrücken, dann wird er den Wiener Gemeinderat einmütig finden und einschleudern. Ich möchte besonders darauf hinweisen, daß auch der Mund der deutschen Städte in diesem Saale den Ausgleich im verfassungsmäßigen Wege verlangt hat. Ich will jetzt nicht die Schatten Baden's rufen, aber welches Unglück hat die Politik Baden's über Oesterreich gebracht! Als wir im Jahre 1907 als junge Abgeordnete, erfüllt von Idealen, in das Abgeordnetenhaus eintraten, begann das Unheil, und zehn Jahre hat es gedauert, um das Parlament wieder arbeitsfähig zu machen. Sollen wieder solche Zeiten eintreten, in denen nichts geschieht für die Interessen des österreichischen Volkes? Nein, wir müssen fordern, daß der Ausgleich parlamentarisch erledigt wird, und wir können einem langfristigen Ausgleich nur dann unsere Zustimmung geben, wenn er nicht mit zu großen Opfern erkaufte wird. (Lebhafte Beifall bei allen Parteien.) Der Ausgleich ist im Gesamtinteresse, und es wäre ungerecht, wenn Oesterreich allein die Opfer tragen sollte. Wenn es wahr ist, daß dieser neue, zwischen Graf Stürgg und Graf Tisza vereinbarte Ausgleich den verstärkten Abrar-schuh beinhaltet, dann müssen wir als Vertreter der Reichshaupt- und Residenzstadt sagen, ein solcher verstärkter Agrarschutz darf nicht zustandekommen, es wäre ein Verbrechen an dem Volke, wenn die Getreide-, Vieh- und Fleischzölle erhöht würden. Die Bevölkerung Oesterreichs hat sich stets opferbereit und opferfreudig erwiesen, aber wir lassen uns nicht zum lebenslangen Hunger verurteilen.“ (Stürmischer Beifall.)

Ein Teil der deutschbürgerlichen Abgeordneten wäre vielleicht bereit gewesen, sich mit der außerparlamentarischen Erledigung des Ausgleichs abzufinden, wenn sich die Regierung mit gleicher Energie auch zur Erledigung der wichtigsten innerpolitischen Reformen: Ordnung der Dinge in Böhmen, gesetzliche Festlegung der deutschen Staatsprache und Verbesserung der Geschäftsordnung des Parlaments, bereit gefunden hätte. Dr. v. Spitzmüller, dessen Spannweite nicht über die eines tüchtigen Fachbeamten hinausgeht, bot aber hierfür keinerlei Bürgschaften. Die deutschen Parteien konnten also nicht mit ihm durch dick und dünn gehen, wie es zunächst nach den Aeußerungen der radikalen Presse anzunehmen war, und der deutschböhmisches Abgeordnete Dr. Urban lehnte das ihm angebotene Handelsportefeuille ab.

Nachdem so der Versuch, ein Übergangsministerium lediglich zur Erledigung des Ausgleichs zu schaffen, gescheitert war, mußte an die Bildung eines Kabinetts geschritten werden, das die Kraft in sich fühlte, den gesamten Komplex der der Lösung harrenden innerpolitischen Aufgaben im Angriff zu nehmen. Dr. v. Spitzmüller zog sich auf sein eigentliches Fach, das der Finanzen, zurück, und die Ministerpräsidentenschaft übernahm jetzt Graf Heinrich Clam-Martinič, der Freund und Reisebegleiter des ermordeten Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand, ein Neffe jenes Clam-Martinič, der im Jahre 1871, unter dem Ministerium Hohenzollern-Schaffle, als Führer der tschechischen Dollartentenpartei nahe daran war, das böhmische Staatsrecht zu verewillichen. Der jetzige Ministerpräsident gehört dem böhmischen Feudaladel an, der stets die engsten Beziehungen zu den tschechischen Volksparteien unterhielt. Infolge der belannten Erscheinungen, die der Weltkrieg im tschechischen Lager gezeitigt hat, soll zwar Graf Heinrich Clam-Martinič zusammen mit einer Reihe engerer Gesinnungsgenossen diese Beziehungen gelockert und seinen Austritt aus der Herrenhauspartei der konservativen Großgrundbesitzer erklärt haben. Die Tschechen dürfen aber nach wie vor den jetzigen Ministerpräsidenten auf der Habenseite buchen, hat er doch auch ihnen zuliebe das Ackerbauportefeuille beibehalten, das sie als ihr Reservatrecht beanspruchen. Außerdem sind die Tschechen in dem neuen Kabinett auch noch durch den aus der Aera Stürgg übernommenen Minister der öffentlichen Arbeiten, Trnka, vertreten.

Bei dieser Zusammensetzung ist von dem Ministerium kaum zu erwarten, daß es den § 14 gegen die Tschechen spielen lassen wird. Die deutschen Parlamentarier Dr. Bärnreither und Dr. Urban haben sich wohl auch nur deshalb zu dem Schritt in das Kabinett Clam-Martinič bewegen lassen, um bei den bevorstehenden wichtigen Entscheidungen auch die Stimme der Deutschen im Räte der Krone zur Geltung zu bringen und ihr Volk, wenn ihm auch nicht jetzt schon die Erfüllung seiner berechtigten Ansprüche blühen sollte, wenigstens vor unliebsamen Ueberraschungen zu bewahren. Wie weit das gelingt, muß abgewartet werden. Die Erinnerungen an das letzte Koalitionsministerium (West, 1905 bis 1908), in dem Deutsche und Tschechen zusammenfanden, ist nicht gerade ermutigend. Jetzt heißt es wieder, daß zunächst der Versuch unternommen werden soll, die vorhin erwähnten wichtigsten innerpolitischen Reformen im Einvernehmen mit dem Parlament durchzuführen. Wie die Dinge liegen, ist das vielleicht ein mühsamerer Weg als die Anwendung des § 14 und der kaiserlichen Verordnungsgewalt, es schilt aber auch besser vor Kursänderungen und plötzlichen Rückschlägen wie sie in der österreichischen Geschichte seit 1848 so reichlich zu finden sind.

Was den Ausgleich mit Ungarn betrifft, so sieht man plötzlich nicht mehr den 31. Dezember als einen unentrinnbaren Schicksalstag an. Bis dahin sollen sich zwar die österreichische und die ungarische Regierung in den Grundzügen geeinigt haben, damit sie gleichzeitig die bestehenden Handelsverträge mit dem Deutschen Reich und der Schweiz kündigen können und die Grundlage zu Verhandlungen über die Erneuerung der Verträge bekommen, es wird aber nicht mehr als nötig angesehen, bestwegen jetzt schon in Oesterreich den Ausgleich mittels § 14 in Kraft zu setzen. Er soll vielmehr, wie dies auch Herr von Koerber beabsichtigte, gemeinsam mit den Verträgen, die mit dem Deutschen Reich und der Schweiz abzuschließen sind, im Parlament erledigt werden, und dazu hat man das ganze Jahr 1917 über Zeit. Dieser Aufschub nimmt dem Ausgleich nicht nur den unangenehmen Charakter der Ueberrumpfung, den seine vorzeitige Oltropierung im Gefolge hätte, er rückt ihn auch in eine größere Perspektive, wenn man erst einmal ermessen kann, ob die einseitigen Zugeständnisse an T in einen Gegenwert finden in der Ausgestaltung eines größeren mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes.

Alles in allem ist das Programm des Ministeriums Clam-Martinič, wie es heute in den Grundzügen angedeutet wird, eine Rückkehr zu den vorsichtigen Regierungsmethoden Koerbers. Das gilt sowohl vom ungarischen Ausgleich wie von der Stellung zum Parlament und zur wichtigsten innerpolitischen Reformarbeit. Um so rätselhafter erscheint es daher nach wie vor, warum Koerber eigentlich gehen mußte. Volle Klarheit darüber wird man erst dann gewinnen, wenn auch alle jene Einflüsse, die sich nicht vor der Öffentlichkeit geltend zu machen pflegen, ungeschont besprochen werden dürfen. (E. W.)

Zur Berufung Czernins.

Wien, 23. Dezember. (Drahtbericht) Die Morgenblätter betonen, daß der Wechsel in der Leitung des Ministeriums des Aeußeren keine Aenderung der Richtlinien der auswärtigen Politik der Monarchie bedeutet, die vielmehr im bisherigen Sinne von dem neuen Minister fortgeführt werden wird. In dieser Beziehung ist es auch bedeutungsvoll, daß das vorgestern veröffentlichte Programm des Ministeriums Martinič als eine ihrer nächsten Aufgaben die Anbahnung engerer wirtschaftlicher Beziehungen zum Deutschen Reich bezeichnet wird.

Unter den Beweggründen für die Berufung Czernins mag zunächst die Tatsache verzeichnet werden, daß Czernin dem Kreise von Persönlichkeiten angehört, die durch besonderes Vertrauen des Monarchen ausgezeichnet werden. Auch ist Czernin mit dem neuernannten Ministerpräsidenten Martinič in langjähriger Freundschaft verbunden, ebenso sind die Beziehungen Czernins zu Tisza freundschaftlicher Art. Es ist erinnerlich, in welcher energischer Weise Tisza für den von der ungarischen Opposition angegriffenen Czernin, der damals Gesandter in Bukarest war, eingetreten ist. — Bevor Czernin als Gesandter nach Bukarest kam, hatte er in einer Schrift seine Ansichten über das

ungarische Staatsrecht zum Ausdruck gebracht, die den maderischen Parteien nicht genehm war. Später hat Czernin zugunsten der ungarischen Verfassung eine Erklärung abgegeben, die seine in der erwähnten Schrift ausgedrückten Ansichten einigermaßen abschwächte.

Wie die „Zeit“ aus Budapest berichtet, stand die ungarische Regierungspartei der Ernennung Czernins zunächst ziemlich uninformiert gegenüber. Als bekannt wurde, daß Burian seinen alten Posten im gemeinsamen Finanzministerium wieder einnehmen werde, sagte man sich, daß der gegenwärtige Ministerwechsel keinen Richtungswechsel bedeute. Im Februar 1912 mußte Burian als Ungar aus Gründen der Parität aus dem gemeinsamen Finanzministerium auscheiden, da mit Verchold ein ungarischer Staatsbürger in das gemeinsame Ministerium trat und zwei wichtige Posten — das Ministerium des Aeußeren und das Reichsfinanzministerium — nicht mit Ungarn besetzt sein sollten. Aus denselben Gründen muß Prinz zu Hohenlohe wieder das Palais in der Johannesgasse verlassen, in das er vor ganz kurzer Zeit seinen Einzug gehalten hat; denn mit der Ernennung Czernins zum Minister des Aeußeren wären alle drei gemeinsamen Ministerien mit Oesterreichern besetzt gewesen.

In politischen Kreisen war schon gestern ziemlich stark das Gerücht verbreitet, daß Prinz zu Hohenlohe, der — gleich dem Grafen Czernin und Martinič — zu den hervorragendsten Vertrauensmännern der Krone zählt, für einen hervorragenden Posten in der unmittelbaren Aemachung des Kaisers auserselben sein soll.

36